

Aufhebung des Kriegsüberwachungsamtes.

Heute vormittag trat der Verfassungsausschuss unter Vorsitz seines Obmannes, des Abg. Dr. Mataja, zu einer Beratung zusammen. Zu Beginn der Sitzung ergriff der Minister des Innern Graf Toggenburg das Wort und teilte mit, daß mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. d., die morgen publiziert wird, das Kriegsüberwachungsamt aufgehoben wurde, jedoch beim Kriegsministerium eine ministerielle Kommission eingerichtet worden ist, in der die gemeinsamen Ministerien und die österreichischen Ministerien ihre Vertreter entsenden werden. Den Vorsitz führt ein General als Vertreter der gemeinsamen Behörden und der rangälteste Staatsbeamte, derzeit Hofrat Swoboda vom Ministerium des Innern, als Vertreter der österreichischen Behörden. Jeder Minister ist für die Verfügungen dieser Kommission verantwortlich, welche sein Ressort betreffen. An diese Mitteilungen knüpfte sich eine längere Debatte.

Die Erklärung des Ministers des Innern Grafen Toggenburg.

Die Erklärung des Ministers des Innern Grafen Toggenburg lautet: Laut allerhöchster Entschliessung wird das bisher beim Kriegsministerium bestandene Kriegsüberwachungsamt aufgelassen. Um jedoch in Zukunft eine rasche und vereinfachte Behandlung dringender, mit den Kriegsverhältnissen in Zusammenhang stehender Angelegenheiten, die ein einvernehmliches Vorgehen mehrerer Ressortstellen erheischen, zu sichern, werden weiterhin bevollmächtigte Vertreter gemein-

samer österreichischer Ministerien im Kriegsministerium verbleiben, die dort zu einer Kommission unter dem Namen „Ministerialkommission im I. I. Kriegsministerium“ vereinigt sind. Diese Vertreter bearbeiten ausschließlich die Agenden ihres eigenen Ressorts im Einvernehmen und unter der Verantwortung ihrer vorgesetzten Ministerien, wobei sie je nach der Sachlage gegenseitig im kürzesten Wege das Einvernehmen pflegen. An der Spitze der Kommission stehen zwei Vorsitzende, und zwar ein höherer k. u. k. General als Repräsentant der gemeinsamen Ministerien und ein höherer k. k. Staatsbeamter als Repräsentant der in der Ministerialkommission vertretenen österreichischen Zentralstellen.